

Wir brauchen einen Tarifvertrag „Soziale Dienste“



Beate Müller-Gemmeke
Bundestagsabgeordnete der
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Mitglied im Ausschuss
für Arbeit und Soziales

„Nur ein branchenweiter Tarifvertrag, der allen Anbietern im Sozialsektor gleiche Eintrittsbedingungen sichert, ist geeignet, die Arbeitsbedingungen fair zu gestalten und den Verdrängungswettbewerb über Lohnkosten zu reduzieren.“

Dieses Zitat aus einer Broschüre des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt (KDA), das ich meinem

Tarifbrief voranstelle, bringt es auf den Punkt. Wir brauchen dringend einen Tarifvertrag „Soziale Dienste“. Und nur ein Tarifvertrag – verhandelt mit einer Gewerkschaft – kann dann allgemeinverbindlich erklärt werden und für alle Beschäftigten gelten – egal, ob sie bei Diakonie oder Caritas arbeiten oder bei AWO, Paritätischem oder DRK. Ein gewerkschaftsfreundlicher Dritter Weg reicht dafür nicht aus.

Gleiche Löhne für gleiche Arbeit sind dringend geboten, denn seitdem das Kostendeckungsprinzip Mitte der neunziger Jahre abgeschafft wurde, existiert auch in der Sozialbranche ein Wettbewerb, der häufig über die Lohnkosten ausgetragen wird. Ein Tarifvertrag „Soziale Dienste“, der für alle gilt, würde den Wettbewerb bei der Verhandlung über die Vergütungssätze endlich in richtige Bahnen lenken – vom Wettbewerb über die Löhne hin zur angebotenen Leistung und Qualität.

Der KDA fordert sogar eine neue Standortbestimmung, denn in einem Thesenpapier von 2013 unter dem Titel „Plädoyer für einen Perspektivwechsel“ ist zu lesen: „Das Festhalten am ‚Dritten Weg‘ macht Diakonie unglaubwürdig“. Denn: „die Arbeitswirklichkeit in diakonischen Unternehmen unterscheidet sich nicht derart gravierend von der nicht-diakonischer Einrichtungen, dass damit ein Sonder-Arbeitsrecht begründbar wäre.“ Und da sich die Diakonie weitestgehend aus öffentlichen Mitteln finanziert, „sollten auch hier die allgemein üblichen öffentlich-rechtlichen Regelungen gelten.“

Dieser Meinung kann ich mich nur anschließen. Dazu gehört allerdings dann auch das Recht der Beschäftigten, für die Höhe ihrer Löhne oder die tarifliche Ausgestaltung ihrer Arbeitsbedingungen zu streiken. Auch die Beschäftigten bei der Diakonie sollten die Möglichkeit erhalten, durch Streiks Augenhöhe zu erreichen, um ihre Arbeits- und Entlohnungsbedingungen zu verbessern. Zwangsschlichtungen, wie sie der Dritte Weg der Kirchen vorsieht, sind kein probates Mittel, um die Arbeitgeberseite zu beeindrucken. Zumal bei den Verhandlungen, die der Dritte Weg vorsieht, nicht die Gewerkschaften mit am Tisch sitzen, sondern Mitarbeitervertretungen, die in einem Abhängigkeitsverhältnis zur Arbeitgeberseite stehen.

Ein Tarifvertrag „Soziale Dienste“ löst zwar nicht alle Probleme der Finanzierung sozialer Dienstleistungen – die Politik ist weiterhin in der Pflicht. Dennoch bin ich zutiefst davon überzeugt, dass es einen Wettbewerb über die Löhne in Krankenhäusern oder Pflegeheimen nicht geben darf, denn eine gesellschaftlich wertvolle Arbeit verdient Wertschätzung und Anerkennung. Deshalb plädiere auch ich für einen neuen Weg, denn solch ein Wechsel der Perspektive ist gut für die Beschäftigten und somit auch gut für die Menschen, die von ihnen betreut werden.